



Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage
Bezugspreis: Frei Haus vierteljährlich 16.50 Mk.,
bei Abholung von der Geschäftsstelle oder von den
Ausgabestellen vierteljährlich 15.— Mk., monatlich 5.—
Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 16.50 Mk.
Fernsprecher Nr. 25 — — Fernsprecher Nr. 926

Stolper Neueste Nachrichten
General-Anzeiger für Ostpommern

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile
innerhalb des Stadt- und Landkreises Stolp 1.00 Mk.,
von außerhalb 1.25 Mk.; Reklamezeile 3.— Mk.;
Ermäßigung laut Tarif. — Anzeigen für andere
Zeitungen und Zeitschriften werden ohne Aufschlag
vermittelt. — — Postfachkonto Stettin Nr. 117

Nr. 9

Mittwoch, den 11. Januar 1922.

14. Jahrgang

Chronik des Tages.

11. Januar nach Cannes eingeladen.
— Die Konferenz in Cannes erwägt die Verlegung der Reparationskommission nach Berlin.
— Sowjetrußland hat die Einladung zur Konferenz in Genua angenommen.
— In Cannes wurde die Bildung eines mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beauftragten Finanz-Mächte-Konjunktions beschloffen, dessen Hauptgesellschaft ihren Sitz in London haben soll.
— Die preussische Regierung hat die Karnevalsfeier für ganz Preußen verboten.
— Infolge des Abbaues der Reichszuschüsse ist mit einer beträchtlichen Steigerung der Preise für Marktbrot zu rechnen.
— Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahndirektionspräsidenten bevollmächtigt, Kohlensendungen, die für private Empfänger in eigenem Bezirk bestimmt sind, zu beschlagnehmen.

Das Steuerproblem.

In wenigen Tagen wird der Reichstag zu seiner ersten Tagung im neuen Jahre zusammentreten. Seine erste und wichtigste Aufgabe wird die Erledigung der neuen großen Steuervorlagen sein. Vor Weihnachten haben die beiden Steuerkommissionen des Reichstags die Verbrauchs- und Verbrauchsabgaben in erster Lesung beraten. Bekanntlich haben sich hierbei ziemlich ernste Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien herausgestellt. Einmal haben die Ausschüsse in der ersten Lesung Beschlüsse gefasst, deren Durchführung nach der Berechnung der Reichsregierung einen Steuerausfall von 12 bis 13 Milliarden zur Folge haben würde. Insbesondere beanstandet die Regierung die von dem Ausschuss beschlossene Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 2 v. H. von ursprünglich 3 v. H. im Entwurf. Sie weist darauf hin, daß in Frankreich der Umsatz außer der zweiprozentigen Steuer des Staates von den Gemeinden noch mit einer Steuer von 10 v. H. belegt werden kann. Aus den gleichen Gründen wendet sich die Regierung gegen die Streichung der Zollerhöhung bei Tee, Kaffee und Kakao. Ein weiterer Streitpunkt ist die Werberechnung bei landwirtschaftlichen und sonstigen Grundstücken. Die Regierung weigert sich, den Ertragswert zugrunde zu legen. Die Sozialdemokratie wünscht bei landwirtschaftlichem Grundbesitz unbedingt eine Berechnung nach dem gemeinen Wert, was z. B. vom Zentrum entschieden abgelehnt wird.

Zu diesen Schwierigkeiten hinsichtlich der Steuer vorlagen tritt das Verlangen der Sozialdemokratie nach einer tief eingreifenden Besteuerung des Vermögens. Die Linke ist nur dann bereit, Zugeständnisse auf dem Gebiet der indirekten Abgaben zu machen, wenn die Reichsregierung sich entschließt, die Sachwerte zu einer verschärften Besteuerung heranzuziehen. Ohne dies will sie von einem Steuerkompromiß nichts wissen, und sie würde sich nicht scheuen, die kommenden politischen Kämpfe unter dieser steuerpolitischen Einstellung zu führen. Die sozialdemokratischen Parteien würden — wie es heißt — auch dann die Arbeiterorganisationen in den Kampf um die Steuerfrage einstellen.

Die Regierung hat wiederholt eine Einigung der Parteien in der Steuerfrage, namentlich in bezug auf die Verteilung der Steuerlasten, herbeizuführen gesucht; in allen Verhandlungen und Besprechungen ist man jedoch zu keinem die Gegenstände ausgleichenden Ergebnis gekommen. Der „Vorwärts“ betont vielmehr nochmals, daß die Haltung der Sozialdemokratie nach wie vor die alte ist und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keineswegs daran denkt, von ihrem bisherigen Standpunkt in bezug auf die Steuerfragen irgend etwas aufzugeben.

Bei dieser unangenehmen Haltung der Mehrheitssozialisten in der Frage der Sachwertbesteuerung erscheint ein parlamentarischer Konflikt nicht ausgeschlossen, um so mehr, als auch der Leipziger Parteitag der U. S. P. D. mit aller Entschiedenheit die Erfassung der Sachwerte fordert und damit der Sozialdemokratie den Rücken bedeutend gestärkt hat. Die Verhandlungen der Parteien mit der Regierung werden inzwischen fortgesetzt. Am Dienstag sind die beiden Steuerauschnitte des Reichstags zu einer ersten gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, um der Regierung Gelegenheit zu neuen Verhandlungen mit den Parteien über den Gesamtsteuerplan zu geben. Von dem Ausgang dieser Beratungen wird die Verabschiedung der Steuerentwürfe in erster Linie abhängen.

Die zweite und vielleicht noch wichtigere Vorfrage für eine befriedigende Lösung des Steuerproblems ist eine vernünftige Neuregelung der Reparationsfrage in Cannes. Die Steuerarbeiten in Deutschland können jedenfalls nur dann ein fruchtbares Resultat ergeben, wenn durch die Beschlüsse in Cannes die Reparationslasten auf ein möglichst erträgliches Maß herabgesetzt werden. Nur dies würde ja in der Tat Deutschland ermöglichen, sein Steuerproblem auf eine festere Grundlage zu stellen.

Ein unabhängiges Manifest.

Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kampfziele der U. S. P.

Auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Leipzig wurde ein Manifest der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an das Proletariat vorgelegt, in dem dem Kapitalismus schärfster Kampf angefaßt und die Fortsetzung einer klaren Klassenkampfpolitik angekündigt wird. Von diesen Grundzügen ausgehend stellt die U. S. P. D. folgende wirtschaftlichen und sozialpolitischen „Kampfziele“ in den Vordergrund:

„1. Fortführung der Sozialgesetzgebung, 2. Bekämpfung jeder Verlängerung der Arbeitszeit, 3. Ablehnung jeder Beschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts, 4. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, 5. Bewirkung des Grundgesetzes, daß der Staat die Pflicht zur Erhaltung bedürftiger Arbeitsfähiger oder arbeitsloser Mitglieder der Gesellschaft hat, 6. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts.“

Die U. S. P. D. lehnt jede weitere Belastung der arbeitenden Massen ab und bekämpft aufs entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern.

Dagegen fordern wir die Heranziehung des Besitzes mit solchen Methoden, die eine rasche Einziehung gewährleisten und die Steuerhinterziehung verhindern. Als Grundlage verlangen wir die Erfassung der Sachwerte. Wir fordern weiter die Erhebung der letzten drei Drittel des Reichsnotopfers, schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, besonders der Gratifikationen und Bezugsrechte, Erhebung der Ausfuhrabgabe zur Erfassung der Zulagegewinne, verschärfte Erfassung der Auslandsbestände durch eine wirksame Kontrolle der Ausfuhrhandelsstellen.“

In der anschließenden Aussprache erklärte Ledebour, daß die Partei an der Diktatur des Proletariats festhalte.

Die Deutschen in Cannes.

Am Mittwoch vor dem Obersten Rat.

Der Oberste Rat hat durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Paris die deutsche Delegation eingeladen, am 11. Januar in Cannes zu sein. Für die deutschen Vertreter, die wenige Stunden nach ihrer Ankunft in Paris nach Cannes weiterreisen mußten, werden im Hotel du Pavillon Zimmer bereit gehalten.

Ueber die Aufgaben der deutschen Delegation in Cannes wird dem „Petit Parisien“ aus Berlin gemeldet: Die deutschen Vertreter hätten den Auftrag, sich darauf zu beschränken, dem Obersten Rat die Auskünfte zu liefern, die von ihnen verlangt werden. Die Delegation habe nicht die Aufgabe, sich in Verhandlungen einzulassen. (?) Es scheine allerdings, daß Rathenau persönlich genügend Vollmachten erhalten habe, um an eventl. Verhandlungen teilzunehmen und daß ihm außerdem ein gewisser Spielraum zur Initiative von dem Berliner Kabinett belassen wurde. Was die Bedingungen für ein Teilmoratorium angeht, so kann man bereits jetzt erwarten, daß die deutschen Delegierten erklären werden, es sei unmöglich, Zoll-, Eisenbahn-, Posttarife und die Kohlenpreise zu erhöhen und gleichzeitig den Preis der Lebenshaltung in die Höhe zu treiben.

Verlegung der Reparationskommission nach Berlin?

Wie Habas meldet, sind die Alliierten bei der Besprechung der Garantien, die von Deutschland zur Gesundung seiner Finanzen verlangt werden sollen, in den meisten Punkten zu einer Verständigung gekommen und haben einige weitere zurückgestellt, um das Eintreffen der deutschen Abordnung abzuwarten. Die Aussprache bezog sich in der Hauptsache auf die Verlegung des Garantieausschusses nach Berlin, die von Frankreich gefordert wurde. Die britische Abordnung war der Ansicht, daß die Reparationskommission selbst in Berlin tagen sollte, um den Dualismus der beiden Organisationen sowie die beträchtlichen Kosten, die daraus entstehen würden, zu vermeiden. Eine Entschliessung wurde in dieser Angelegenheit noch nicht getroffen.

Die Vorbereitungen für Genua.

Neben den Beratungen der Premierminister fand unter dem Vorsitz Doucheurs eine Zusammenkunft der Minister statt, die in Paris das europäische Wirtschaftskonjunktions vorbereitet haben und beauftragt sind, das Programm der Konferenz in Genua vorzubereiten.

Rußlands Antwort an den Obersten Rat.

Auf die dringende Einladung der englischen und der italienischen Regierung an Lenin, daß er durch seine persönliche Anwesenheit in Genua dazu beitragen möge, die Lösung der Frage des europäischen wirtschaftlichen Gleichgewichts zu erleichtern, hat Tschitscherin, der russische Volkskommissar, dem Obersten Rat in Cannes telegraphisch mitgeteilt, daß die Sowjetregierung die Einladung zu der europäischen Konferenz mit Befriedigung annehme. Auch an der Präsident des Rates der Volkskommissare, Lenin, verhindert sein sollte, Rußland zu verlassen, so werde in jeder Falle die Delegation sowohl durch ihre Zusammenziehung wie durch die Ausdehnung ihrer Befugnisse dieselbe Autorität besitzen, als wenn Lenin an ihr teilnähme.

Wahrscheinlich kommen Krassin, Tschitscherin und Litwinow nach Genua. Ebenso sicher ist die Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua, denn auch dieser Beteiligung hat sich Lloyd George auf diplomatischem Wege versichert.

Der Kohlenmangel.

Drohende Betriebseinstellung bei der Eisenbahn.

Die Kohlenbestände der Eisenbahn sind, da die täglichen Zufuhren hinter dem notwendigen Verbrauch zurückblieben, an einzelnen Stellen so gering geworden, daß Betriebseinstellungen zu befürchten sind. Aus diesem Grunde hat der Reichsverkehrsminister mit Zustimmung des Reichskohlenkommissars die Eisenbahndirektionspräsidenten bevollmächtigt, auf bestimmten Stationen abgestellte oder rollende Kohlensendungen, die für private Empfänger im eigenen Bezirk bestimmt sind, zu beschlagnehmen.

Von dieser Anordnung wird nur an den Stellen Gebrauch gemacht werden, wo die äußerste Notlage besteht, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Maßnahme, die auf die Zeit bis zum 19. Januar beschränkt ist, wird nur im Benehmen mit der zuständigen Kohlenwirtschaftsstelle angewandt und bezieht sich nicht auf Brennstoffe für öffentliche Betriebe — Gas- und Elektrizitätswerke.

Außerdem wird der Verfänger in jedem einzelnen Falle von einer derartigen Beschlagnahme sofort benachrichtigt. Wie sich schon bei der letzten gleichen Maßnahme im Dezember zeigte, haben die Direktoren von dieser Vollmacht nur im äußersten Notfall Gebrauch gemacht, sie sind aber unbedingt nötig, um Stilllegungen zu vermeiden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 11. Januar 1922.

— Wie verlautet, steht der Rücktritt des Reichsernährungs- und Finanzministers Dr. Hermes und seine Erennung zum Botschafter in Washington bevor.

— Der Reichstag wird noch im Januar eine besondere Sitzung abhalten, in der die finanzielle und wirtschaftliche Not der Gemeinden besprochen werden soll.

— Der Direktor des Bundes der Auslandsdeutschen, Johannes Tiedje, ist zum Ministerialrat im Reichsministerium des Innern ernannt worden. Der Schriftsteller Tiedje ist in dem schleswighischen Abstammungstempel als Vertreter der nach ihm benannten Tiedjelinie bekannt geworden.

— Das Archiv Deutscher Berufsvormünder e. B. in Frankfurt a. M. hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der um Einführung einer Amtsvormundschafft gebeten wird.

— Fehrenbachs 70. Geburtstag. Am 11. Januar begeht der Reichstagsabgeordnete und frühere Reichskanzler Fehrenbach seinen 70. Geburtstag.

— Militärtransport der amerikanischen Besatzungstruppen. Bis ungefähr Mitte März werden im ganzen noch zwei größere Truppenabteilungen der amerikanischen Besatzung nach den Vereinigten Staaten zurückbefördert. Es wird dann die von dem neuen amerikanischen Kriegsdepartement für die Zukunft festgesetzte Zahl der Besatzungstruppen erreicht sein.

— Einmischung der F. A. in Oberschlesien in die Ein- und Ausfuhrregelung. Die in Döbeln befindliche Interalliierte Kommission für Oberschlesien hat unter Umgehung der deutschen Bewilligungsstellen in einer größeren Anzahl von Fällen Ausfuhrbewilligungen erteilt, um die Polen mit deutschen Waren zu versorgen. Es ist bekannt, daß die Interalliierte Kommission sich unter der Führung Frankreichs schon seit geraumer Zeit bemüht, nicht nur die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen, sondern auch die von Einfuhrbewilligungen in die Hand zu bekommen. Die Franzosen möchten in Oberschlesien am liebsten ähnliche Verhältnisse schaffen wie im besetzten Gebiet. Wegen das Verfahren der Interalliierten Kommission in Döbeln muß Einspruch erhoben werden.

— Für beschleunigte Steuererziehung. Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind bekanntlich durch den gesetzlich vorgeschlagenen Steuerabzug zur Einkommensteuer restlos herangezogen worden, während die übrigen Steuerpflichtigen, namentlich die Handel- und Gewerbetreibenden usw. bisher ihrer Einkommensteuerpflicht nicht genügen können, da ihre Veranlagung durch die Steuerbehörde zu einem sehr großen Teil noch nicht erfolgt ist. Dieser Umstand hat den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Afa-Bund und den Deutschen Beamtenbund veranlaßt, gemeinsam an die Reichsregierung und den Reichstag das dringende Ersuchen zu richten, sofort ein Notgesetz herbeizuführen, welches 1. die noch nicht eingeschätzten Steuerpflichtigen gesetzlich verpflichtet, die rückständigen Steuern aus den verfloßenen Jahren vorläufig zum Satz der Selbstbesteuerung spätestens bis zum 31. Januar 1922 zu entrichten; 2. allen Steuerpflichtigen die gesetzliche Pflicht auferlegt, vor ihrer endgültigen Steuerveranlagung vierteljährlich bis zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember jeden Jahres den Selbstbesteu-

Sport und Verkehr.

× Aushilfe der Funktelegraphie bei Massenstörungen im Drahtnetz. Die schweren Stürme der letzten Wochen haben, wie die Reichspostverwaltung mitteilt, die Telegraphenleitungen stark beschädigt und gestört. Dabei sind jetzt in größerem Umfang die funktographischen Verbindungsmöglichkeiten als Ersatz für die gestörten Drahtverbindungen erfolgreich ausgenutzt worden. So konnte im Verkehr mit den nordischen Ländern die Funktelegraphie helfend eingreifen. Ebenso haben die innerdeutschen Reichsfunkverbindungen wesentlich dazu beigetragen, Ersatzwege für die gestörten Verbindungen zu bieten, so besonders im Verkehr mit Ostpreußen, das wegen seiner abgetrennten Lage bei Störungen der Drahtverbindungen in stärkerem Maße betroffen wird. Schließlich wurde auch die seit einiger Zeit bestehende Einrichtung des „Kundendienstes“, wobei von Berlin ausgesandte Nachrichten gleichzeitig bei etwa 70 Telegraphenanstalten im Reich aufgenommen werden, in den Dienst der Störungsbehebung gestellt; wichtige und eilige Meldungen wurden mittels dieses Rundfunks unbesorgt verbreitet. Uebrigens ist der Verkehr auf dem innerdeutschen Funknetz auch zu normalen Zeiten in erfreulicher Zunahme begriffen; er beläuft sich jetzt auf monatlich 240 000 Telegramme (gegen 80 000 im Frühjahr 1914).

× Eröffnung des Blitzfunkverkehrs Berlin-Hamburg. Der Blitzfunkverkehr Berlin-Hamburg zur schnellsten Beförderung wichtiger Nachrichten ist durch ein Telegramm des Staatssekretärs Dr. Bredow an die Hamburger Handelskammer eröffnet worden.

Bereine und Versammlungen.

□ Tagungen der christlichen Bergarbeiter. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hielt in den letzten Tagen im Ruhrgebiet über 60 Versammlungen ab. Der Reichsmanteltarif wurde als Kardinalforderung aufgestellt. Das Erstenrecht der Bergarbeiter und ihr Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse müsse restlos anerkannt werden; dann könne man auch über Ueberschichten sprechen, vor deren Einführung aber zuerst für den Abtransport der Kohlenvorräte gesorgt werden müsse.

Vom Büchertisch.

Die Tochter zur Einsegnung kleidsam anzuziehen ist gewiß der Wunsch und der Stolz jeder jeden Mutter. Dazu bedarf es aber eines guten Ratgebers und der bietet sich in dem schon seit Jahren regelmäßig erscheinenden, beliebten „Beyers Modemagazin“ für Konfirmation und Kommunion. Über 50 formensichere und doch praktische Vorlagen enthält dieses große und reichhaltige Album, dabei hält es sich jeder des feierlichen Zweckes unwürdigen Übertreibung fern. Das Selbstanfertigen von Kleidungsstücken nach diesem bewährten Führer wird zum Vergnügen. Für nur 8,80 Mk. in allen Buchläden oder vom Verlag Otto Beyer, Leipzig-B. zu beziehen.

Volkswirtschaft

□ Sicherung der Versorgung der Presse mit Zeitungspapier. Das Reichsverkehrsministerium hat die nachgeordneten Stellen angewiesen, 1. unter allen Umständen die nötige Zahl von Waggons zum Transport von Zeitungsdrukpapier zu stellen, 2. daß im Notfall unbedingt Zeitungsdrukpapier in Güterzügen zu befördern sei, 3. daß telegraphische Vormeldung an die Empfangsstationen stattfinden solle. Im Falle der Verhängung von Sperren soll eine Ausnahme für Zeitungsdrukpapier eintreten.

□ Berlin, 10. Januar. (Börse.) Der Dollarsturz am Vorlage ist schon wieder an der Börse vergessen. Die Tendenz ist erhalten, die Stimmung freundlicher. Allerdings war das Geschäft nicht groß. Der gestrige „Zwischenfall“ hat die Käufer von draußen etwas eingeschüchtert. Bisher war ja der Januar nur eine einzige große Enttäuschung. Die Börse war jedoch befestigt. Bestimmend dafür war die Erholung in Dollar und Devisen. Der Dollar notierte mit 175 Mark.

□ Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	10. 1.	9. 1.	1914
100 holländische Gulden	6468	6168	167,— M.
100 belgische Franken	1388	1318	85,— „
100 dänische Kronen	3471	3321	112,— „
100 schwedische Kronen	4369	4145	112,— „
100 italienische Lire	749	729	80,— „
1 englisches Pfund	739	709	20,— „
1 Dollar	175	168	4,20 „
100 französische Franken	1448	1383	80,— „
100 schweizerische Franken	3361	3246	80,— „
100 tschechische Kronen	285	272	—,— „

Stand der polnischen Mark. Die polnische Mark notierte heute in Danzig: Geld 6,21, Brief 6,24.

□ Berlin, 10. Januar. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Märktischer 375, Sommergerste 372—375, Schleißer 368—371, Dampferweizen 368—371, Roggen Märktischer 300, Sommergerste 299—300, Schleißer 299—300, Dampferweizen 295—299, Sommergerste 355—365, Hafer Märktischer 280—284, Sommergerste 275—280, Schleißer 275—280, Mais La Plata Febr.-März 272—278, Weizenmehl (100 Kilo) 970—1060, Roggenmehl (100 Kilo) 730—820, Weizenkleie 195—200, Roggenkleie 200—205, Raps 625—640, Leinsaat 590—600, Bittererbsen 410—430, Kleine Erbsen 320—340, Futtererbsen 300—320, Pelusken 300—320, Aderbohnen 300—325, Widen 450—400, Lupinen blaue 220—230, Lupinen gelbe 265—270, Seradella neu 430—440, Seradella alte 300—320, Rapskuchen 260—270, Leinkuchen 370 bis 380, Trodenhübel 185. — Heu und Stroh. Groß-

handelspreise per 50 Kilo ab Station: Drahtgebrehtes Roggen- und Weizenstroh 34—36, drahtgebrehtes Haferstroh 41 bis 43, bindfadengebrehtes Roggen- und Weizenstroh 32 bis 33, gebundenes Roggenlangstroh 35—36, lopes und gebundenes Krummstroh 26—27, Häckel 42—44, handelsübliches Heu 94—98, gutes Heu 107—115 Mark.

Letzte Nachrichten.

720 Millionen Goldmark im Jahre 1922.

— Paris, 10. Januar. Nach den letzten Meldungen aus Cannes zahlt Deutschland 720 Millionen Goldmark in bar für 1922. Davon würde Belgien 580 und Frankreich 140 Millionen Goldmark erhalten. England verzichtet vollständig auf seinen Reparationsanteil. Frankreich erhält außer der genannten Summe noch Naturalieferungen, so daß sein Reparationsanteil für 1922 in keiner Weise geschmälert wird. Italien erhält von den nächsten deutschen Zahlungen nichts. Nur wird ihm gestattet, die 170 Millionen Lire zu behalten, die bei Ausbruch des Krieges bei der Banco d'Italia beschlagnahmt und später für gemeinsames Eigentum der Alliierten erklärt wurden. Die alliierten Regierungen werden ihren endgültigen Beschluß über die Reparationsfrage Deutschland durch die Reparationskommission mitteilen lassen.

Die internationale Finanzgesellschaft.

— Cannes, 10. Januar. Die alliierten Minister haben beschlossen, daß die von der Pariser Konferenz für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas vorgeschlagene internationale Wirtschaftsgesellschaft ihren Hauptsitz in London haben und den englischen Gesetzen unterstehen soll. An die Hauptgesellschaft, die mit einem beschränkten Kapital von nur zwei Millionen Pfund Sterling ausgerüstet wird, sollen in den verschiedenen Ländern Tochtergesellschaften angeschlossen werden, deren Kapital in der Währung des Landes gezeichnet werden soll. Mitglieder des Konsortiums sind Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan.

Die „Vereinigten Staaten von Europa“.

— Cannes, 10. Juli. Der englisch-französische Schutzvertrag ist in seinen Grundzügen fertiggestellt und den in Paris und London verbliebenen Ministern gedraftet worden, um deren Zustimmung einzuholen. In den Konferenzkreisen ist man der Ansicht, daß dieses englisch-französische Abkommen den Grundpfeiler für die allmähliche Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ abgeben werde, und daß sich ihm auch allmählich alle anderen europäischen Nationen anschließen müßten. Der Anschluß Italiens und Belgiens gilt bereits als sicher.

Clemenceau gegen den Schutzvertrag.

— Paris, 10. Januar. Das neue Organ von Clemenceau und Tardieu, „L'Echo national“, meldet aus Cannes, daß Frankreich in dem englisch-französischen Vertrage sich verpflichte, einen unmittelbar bevorstehenden Zeitpunkt für die Räumung des linken Rheinufers anzugeben. Ferner übernehme Frankreich die Verpflichtung, sein Landheer und seine Kriegsmarine zu vermindern und die Sowjetregierung offiziell anzuerkennen.

Italienischer Botschafterwechsel in Paris.

— Rom, 10. Januar. Der italienische Botschafter in Paris Bonin-Langare wird in der nächsten Zeit durch den früheren Außenminister Grafen Sforza ersetzt werden.

Abbau der Demobilisierungsvorschriften.

— Berlin, 10. Januar. Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt einen Teil der immer noch in Kraft befindlichen Demobilisierungsvorschriften einer neuen gesetzlichen Regelung zuzuführen; so soll die Arbeitslosenversicherung eine Abflutung bringen für die Demobilisierungsvorschriften über Arbeitslose.

Gerihtliche Verfolgung der Eisenbahnaboteure.

— Berlin, 10. Januar. Gegen diejenigen Personen, die sich während des letzten Eisenbahnstreiks Sabotageakte haben zuschulden kommen lassen, ist, entsprechend den Abmachungen zwischen Reichsverkehrsministerium und Eisenbahnergewerkschaften, strafrechtliche Untersuchung im Gange. Von einer Maßregelung der am Streik beteiligten Eisenbahnarbeiter und Beamten kann keine Rede sein, da die Abmachungen, die den Streik beendigten, dies ausschlossen.

Die Verhandlungen mit den Beamten.

— Berlin, 10. Januar. Das Reichsfinanzministerium wird die mit den Spitzenorganisationen eingeleiteten Verhandlungen über die Frage der Gewährung neuer Teuerungszulagen an die Beamten und Arbeiterschaft, für die die Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister die Grundlage bildet, am 11. Januar fortsetzen.

Die Umorganisation der Reichsbahnen.

— Berlin, 10. Januar. Heute ist im Reichsverkehrsministerium der Organisationsausschuß unter dem Vorsitz des Ministers Groener zusammengetreten, um die Gutachten hervorragender Sachverständiger aus der Industrie zum Eisenbahnfinanzgesetz zu hören. Die Beratungen werden sich voraussichtlich mehrere Tage hinziehen.

Beste Kapitalanlage!

Wir nehmen bis auf weiteres Einzahlungen für unsere Abteilung „Darlehen“ entgegen und verzinsen dieselben bei monatlicher Kündigung mit 8% „vierteljährlicher“ „12%“ „halbjährlicher“ „18%“ Geschäftsbedingungen versendet auf Wunsch Bankgeschäft Weidemann & Co., Berlin SW 61.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Otto Kellerstrass, Stolp.

Für die lieben Kleinen

ist das beste Nähr- und Kräftigungsmittel gerade gut genug. Unübertroffen ist das nach wissenschaftlichen Verfahren hergestellte

Knorr Hafermehl

